

Tagesbericht

23. Dezember 1953

Informationsdienst Nr. 2054 zur Beurteilung der Situation

Quelle

BStU, MfS, AS 39/58, Bd. 1, Bl. 43–49 (2. Expl.).

Serie

Informationsdienst.

Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

Vermerke

Zahlreiche vertikale Randmarkierungen (hier nicht im Einzelnen dokumentiert).

Bemerkungen

Gedrucktes standardisiertes Deckblatt mit Inhaltsverzeichnis (nur 1. Gliederungsebene mit 6 Punkten).

Die Lage in Industrie, Verkehr, Handel und Landwirtschaft

Industrie und Verkehr

Über die bevorstehende Viermächtekonferenz¹ und die Forderung auf Teilnahme deutscher Vertreter² wird weiterhin in geringerem Maße unter den Arbeitern diskutiert. Die meisten Stimmen sind positiv und drücken die Hoffnung auf die Lösung der deutschen Frage aus. Ein Teil zweifelt an einem Erfolg der Konferenz, da sie durch die Westmächte sabotiert werden kann. Negative Stimmen sind nicht bekannt geworden.

Ein Arbeiter aus dem VEB Herko Sonneberg/Suhl: »Die Viermächtekonferenz wird eine Lösung des deutschen Problems bringen. Auch wir Deutschen müssen auf der Konferenz gehört werden und Vorschläge machen können zur schnellsten Herstellung der Einheit Deutschlands.«

Ein Angestellter aus dem Sprengstoffwerk Gnaschwitz/Dresden: »Wenn die Konferenz schon zustande kommt, so wird sie doch in den ersten Tagen auffliegen, weil die Westmächte Forderungen stellen werden, die unannehmbar sind.«

Desgleichen sind Diskussionen über die Regierungsverordnung³ geringer geworden. Die meisten Stimmen sind positiv und bringen die Freude über die materiellen Vergünstigungen zum Ausdruck. Vereinzelt werden negative Stimmen bekannt, wonach die Verordnung nur eine scheinbare Verbesserung bringt.

Ein Schlosser aus dem GUS Ueckermünde⁴/Neubrandenburg: »Ich freue mich besonders, dass jetzt ausreichend Fahrradersatzteile hergestellt werden. Nun muss dafür gesorgt werden, dass die Verordnung in die Praxis umgesetzt wird.«

Ein Heizer aus dem Kraftwerk Finow/Frankfurt/Oder: »Das sind die letzten Zuckungen. Damit ist doch eines Tages Schluss, denn der Westen lässt sich das nicht mehr lange gefallen.«

Zu den Veröffentlichungen über Berija⁵ und den Prozess gegen die Spionageorganisation Gehlen⁶ wird allgemein wenig diskutiert. Die meisten Stimmen sind positiv, der Inhalt hat sich nicht wesentlich verändert. Negative Stimmen sind nicht bekannt geworden.

Ein Lokführer aus dem VEB Zuckerfabrik Genthin/Magdeburg: »Man sollte es nicht für möglich halten, dass es in der SU noch solche Menschen gibt. Das Urteil muss entsprechend der schweren Schädlingstätigkeit sehr hart sein.«

Ein Hauer aus Annaberg/Karl-Marx-Stadt: »Man kann zu den Organen des SFS wirklich Vertrauen haben, sie haben der Gehlen-Organisation einen wirklich schweren Schlag versetzt. Die Verbrecher müssen eine hohe Strafe erhalten.«

Vorfristige Erfüllung des Jahresplanes wird aus einigen Betrieben bekannt. So hat z. B. der VEB Berger Pößneck/Gera am 18.12.1953, der SAG Transmasch Rudisleben/Erfurt am 21.12.1953 und verschiedene Abteilungen der Horch-Werke Zwickau/Karl-Marx-Stadt am 22.12.1953 den Plan vorfristig erfüllt. Im VEB Zeiss Jena/Gera wurden 158 Wettbewerbsverträge abgeschlossen, an denen 3 456 Kollegen beteiligt sind.

Voraussichtliche Produktionsschwierigkeiten werden vom VEB Schäfer Schuhfabrik Erfurt für das Planjahr 1954 gemeldet, da verschiedene Lederlieferanten aufgrund von Mangel an Rohhäuten die Verträge im 1. Quartal 1954 nicht einhalten werden können.

Waggonmangel besteht beim VEB Braunkohlenwerk Königau, Kreis Aschersleben/Halle, wodurch seit einigen Tagen der Abtransport von Kohle stockt, beim VEB Baumaschinen in Gatersleben/Halle, wodurch Geräte für den Export nicht abtransportiert werden können, beim Kalkwerk Ermsleben/Halle, wodurch Kalk für die Zuckerfabrik Anklam nicht geliefert werden kann.

Eine Geldsammlung wurde im Stahl- und Walzwerk Gröditz/Dresden zugunsten der Frauen, deren Männer wegen Absturz des Elektroofens im Stahlwerk in Untersuchungshaft sind, durchgeführt. Die Arbeiter sind der Meinung, dass die Festgenommenen unschuldig sind.

Betriebsstörung: Am 22.12.1953, gegen 4.55 Uhr, brach im VEB Braunkohlenbau in Egeln, Kreis Staßfurt/Magdeburg, ein Wassereinbruch aus, wodurch die Produktion eingestellt wurde. Ursache zzt. ungeklärt.

Handel und Versorgung

Das reichhaltige Warenangebot vor den Weihnachtsfeiertagen wird von der Bevölkerung allgemein begrüßt. Lediglich treten Diskussionen in Erscheinung, dass verschiedene Waren im Preis noch zu hoch liegen.

Einige aus Marokko eingeführte Fischkonserven wurden von der Bevölkerung in Gera als ungenießbar zurückgegeben. Die durchgeführte Untersuchung ergab, dass diese Konserven nicht verkaufsfähig sind. Insgesamt wurden für den Bezirk 87 000 Dosen geliefert, wovon 70 000 bereits verkauft sind. Maßnahmen zur Einziehung dieser Fischkonserven sind getroffen, der Rest wurde gesperrt.

15 000 t Rohbraunkohle, die keinen Absatz finden, lagern bei der DHZ Kohle in Plauen/Karl-Marx-Stadt. Davon sind 500 t durch Selbstentzündung gefährdet.

Zum Ankauf von Arbeitsschutzkleidung wurden der VEAB Frankfurt/Oder zusätzlich 24 000 DM zur Verfügung gestellt. Trotz aller Bemühungen war es bisher nicht möglich, solche zu beschaffen.

Landwirtschaft

Über die Vorschläge der SU zur Viermächtekonferenz und die Regierungserklärung des amtierenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht wird unter der Landbevölkerung verhältnismäßig gering diskutiert. Die bekannt gewordenen Meinungsäußerungen sind zum überwiegenden Teil positiv.

Ein werktätiger Bauer aus Jarmen/Neubrandenburg: »Ich habe noch nie so viel Vertrauen zur Regierung der SU und der DDR gehabt wie jetzt. Man sieht doch immer wieder, dass die sowjetische und unsere Regierung sich für den Frieden einsetzen, indem sie schon etliche Vorschläge den Westmächten unterbreitet haben.«

Ein Neubauer aus Dippoldiswalde/Dresden: »In Berlin soll man die Oder-Neiße-Grenze abändern, denn Schlesien ist deutsches Land.«

Über die Prozesse der Spionageorganisation Gehlen wurden gleichfalls nur vereinzelt Stimmen bekannt. Diese haben fast ausschließlich positiven Inhalt.

Ein Traktorist der MTS Schrenz-Siegelsdorf⁷/Halle: »Aus dem Prozess Gehlen ist ersichtlich, wie heimtückisch die Arbeit der USA-Imperialisten ist, die mit westdeutschen Handlangern einen neuen Krieg anstiften wollen. Für diese Verbrecher kann die Strafe nicht hoch genug sein.«

Ersatzteilschwierigkeiten in den MTS, die sich negativ auf die Arbeit auswirken, werden aus den Bezirken Schwerin und Halle berichtet.

Die Kollegen der MTS-Spezialwerkstatt Parchim haben sich z. B. der Hockauf-Bewegung⁸ angeschlossen und führen einen innerbetrieblichen Wettbewerb durch. Hierbei stoßen sie auf große Schwierigkeiten, da es an den notwendigen Ersatzteilen wie Kugellager, Einspritzpumpen für Traktoren und dgl. fehlt. Im Bezirk Schwerin wird von den Arbeitern der MTS zum Ausdruck gebracht, dass die notwendigen Ersatzteile schon jetzt zur Verfügung gestellt werden müssten, nicht erst wieder vor der Ernte.

Stimmung der übrigen Bevölkerung

Diskussionen über die bevorstehende Viermächtekonferenz und die Regierungserklärung des amtierenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht werden durch die stärker in Erscheinung tretende Weihnachtsstimmung in den Hintergrund gedrängt. Die Hoffnung auf Abschluss eines Friedensvertrages und Herstellung der Einheit Deutschlands, die Anerkennung der ständigen Bemühungen der SU und die berechtigte Forderung, Deutsche aus Ost und West zur Viermächtekonferenz einzuladen, sind auch heute Hauptpunkte der bekannt gewordenen Meinungsäußerungen. Zweifelnde und negative Stimmen wurden nur in geringem Maße bekannt. Positiv wirken sich die teilweise durchgeführten Agitationseinsätze fortschrittlicher Kräfte aus.

Aus Karl-Marx-Stadt wird z. B. berichtet, dass durch die Aufklärungsarbeit der Nationalen Front in verschiedenen Hausgemeinschaftsversammlungen Resolutionen verfasst wurden, mit dem Inhalt, Teilnahme deutscher Vertreter aus Ost und West an der Berliner Konferenz.

Eine Hausfrau aus Waren/Neubrandenburg; »Ich hoffe, dass durch die Viermächtekonferenz in Berlin endlich die Zonenschranken fallen. Als Dank an die SU für ihre Bemühungen trete ich der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft bei.«

Über die Verschwörergruppe Berija und die Prozesse gegen die Agenten der Spionageorganisation Gehlen wurden nur wenige Meinungsäußerungen bekannt. Dem Inhalt nach sind diese ausschließlich positiv.

Ein Angestellter aus Jüterbog/Potsdam: »Berija und seine Komplizen müssten aufgrund der begangenen Verbrechen die Todesstrafe erhalten. Ich hoffe, dass mit Zaisser⁹ und Herrstadt¹⁰ das Verfahren auch bald abgeschlossen wird und ihre Verbrechen in der Presse deutlich aufgezeigt werden.«

Ein Dachdeckermeister aus Tangermünde/Magdeburg: »Die Agenten, die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung hervorrufen, um einen neuen Krieg vorzubereiten, können nicht hart genug bestraft werden.«

Wie aus Potsdam berichtet, ist unter den *Handwerkern* verschiedener Berufe eine gewisse Missstimmung zu verzeichnen, da diese, wie zum Ausdruck gebracht wird, nicht genügend mit Material beliefert werden.

Organisierte Feindseligkeit

Flugblätter geringer in Potsdam, Neubrandenburg, Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Dresden und Cottbus. In Leipzig und einigen Kreisen des Bezirkes Potsdam werden weiterhin in etwas stärkerem Maße vonseiten der KGU¹¹ Hetzschriften durch die Post verschickt.

Gefälschte HO-Kohlenscheine wurden in Harzgerode, Kreis Quedlinburg/Halle, an SED-Mitglieder für angeblich gute Parteiarbeit geschickt.

*Die Weihnachtspaketaktion des Caritas-Verbandes*¹² in Heidelberg nimmt zu. So wurden am 22.12.1953 an ca. 20 Personen in Finsterwalde/Cottbus gleichlautende Schreiben geschickt, worin ihnen ein Weihnachtspaket angekündigt wurde.

Vermutlich organisierte Feindseligkeit

Im VEB Grobgarnwerk in Kirschau, Kreis Bautzen/Dresden, kam es zu einer Staubexplosion in der Mischkammer, wodurch der gesamte Wollvorrat verbrannte. Ursache: Fahrlässigkeit des Mischmeisters.

Im VEB Örtlicher Industriebau Dresden brannte durch bisher unbekannte Ursache eine Baracke nieder, wodurch ein Sachschaden von 30 000 DM entstand.

Ein Treibriemen wurde von unbekanntem Tätern in der Nacht vom 20.12. zum 21.12.1953 auf dem VEG Kaltenhof auf Insel Poel, Kreis Wismar/Rostock, durchgeschnitten.

Einschätzung der Situation

Die Lage hat sich gegenüber dem Vortage nicht verändert.

1

In einer Note vom 26.11.1953 hatte die Sowjetunion eine Viermächtekonferenz zur Diskussion der Deutschlandfrage vorgeschlagen. Die Westmächte stimmten einer Außenministerkonferenz der Vier Mächte in der Antwortnote vom 8.12.1953 zu. Sie fand vom 25.1. bis 18.2.1954 in Berlin statt.

2

Am 16.12.1953 hatte der amtierende DDR-Ministerpräsident Walter Ulbricht eine Regierungserklärung vor der Volkskammer abgegeben, in der er die Teilnahme von Vertretern Ost- und Westdeutschlands an der Berliner Viermächtekonferenz forderte. Wortlaut der Erklärung in: ND, Berliner Ausgabe, v. 17.12.1953, S. 1.

3

Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften vom 10.12.1953, die allerdings mehr den Charakter einer Erklärung hatte. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 11.12.1953, S. 4 f.

4

Im Original »Guss«. Gemeint ist der zur VVB Guss- und Schmiedeerzeugnisse (GUS) gehörende VEB Gießerei Ueckermünde.

5

Lawrenti P. Berija, Jg. 1899, Mitglied des Präsidiums der KPdSU, 1. Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates und Innenminister der Sowjetunion, war auf der Sitzung des Präsidiums der KPdSU am 26.6.1953 verhaftet worden. Das SED-Zentralorgan meldete am 18.12.1953, dass die Untersuchung gegen Berija und seine Mitbeschuldigten, alles ehemalige leitende Kader der sowjetischen Staatssicherheit, ergeben habe, dass diese sich das Ziel gesetzt hätten, die »Organe des Ministeriums für Innere Angelegenheiten im Interesse des ausländischen Kapitals gegen die Kommunistische Partei und die Regierung der UdSSR zu verwenden«, »die Macht zu ergreifen und die sowjetische Arbeiter- und Bauernordnung zu liquidieren«. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 18.12.1953, S. 5.

6

Vom 18. bis 21.12.1953 fand vor dem 1. Strafsenat des Obersten Gerichtes der DDR ein Schauprozess gegen sieben Angeklagte statt, die der Organisation Gehlen zugeordnet wurden. Hauptangeklagter war Werner Haase, Leiter der Westberliner Filiale 120 D der Organisation Gehlen, der in der Nacht zum 14.11.1953 in den Ostsektor verschleppt worden war. Haase sowie der Dreher Karl-Heinz Schmidt aus Luckenwalde und der Oberreferent im Ministerium für Aufbau, Walter Schneider, wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus, der Gewerbelehrer Siegfried Altkrüger aus Neuenhagen bei Berlin, der Landwirt Walter Rennert aus Blumberg (Kreis Torgau) und der Elektriker Rolf Oestereich aus Wismar zu 15 Jahren und der Lehrer Helmut Schwenk aus Köthensdorf (Kreis Karl-Marx-Stadt) zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Vgl. Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956. Berlin 1988, S. 120–129.

7

Im Original »Schrenzziegedorf«.

8

»Aktivistenbewegung«, benannt nach Frida Hockauf, geborene Kloß, Jg. 1903, Weberin, ursprünglich Sozialdemokratin, seit 1946 SED-Mitglied, verpflichtete sich als »Beitrag zur Verwirklichung des neuen Kurses« am 29.9.1953 auf einer Gewerkschaftsaktivtagung der Mechanischen Weberei Zittau, im IV. Quartal 1953 45 laufende Meter Stoff bester Qualität über ihren persönlichen Plananteil hinaus zu weben. Vgl. »Menschen unserer Republik: Frida Hockauf«. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 3.10.1953, S. 3.

9

Wilhelm Zaisser, Jg. 1893, 1947/48 Chef der Landesbehörde der Polizei Sachsen-Anhalt, 1948/49 sächsischer Innenminister, 1949/50 Leiter der Hauptverwaltung Ausbildung (Vorläufer von KVP/NVA) des Ministeriums des Innern der DDR, ab Februar 1950 Minister für Staatssicherheit und Mitglied des Politbüros der SED, wurde (zusammen mit Rudolf Herrnstadt, Chefredakteur vom »Neuen Deutschland«) auf der 15. ZK-Tagung am 26.7.1953 aus dem Politbüro und dem ZK ausgeschlossen. Bereits am 25.7.1953 hatte das »Neue Deutschland« bekannt gegeben, dass Zaisser von seinem Amt als Minister für Staatssicherheit entbunden worden sei. Im Januar 1954 wurde er nach einem Verfahren vor der Zentralen Parteikontrollkommission ganz aus der SED ausgeschlossen.

10

Rudolf Herrnstadt, Jg. 1903, Journalist, seit 1949 Chefredakteur vom »Neuen Deutschland«, seit 1950 Kandidat des Politbüros, wurde auf der 15. ZK-Tagung am 26.7.1953 aus Politbüro und ZK ausgeschlossen. Im Januar 1954 wurde er nach einem Verfahren vor der Zentralen Parteikontrollkommission ganz aus der SED ausgeschlossen.

11

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus in die DDR hineinwirkte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Wegen ihrer Anbindung an amerikanische Geheimdienststellen und des zeitweisen Einsatzes auch militanter Mittel galt sie dem MfS als besonders gefährlicher Gegner. Vgl. Merz, Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987; Engelmann, Roger: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tüchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u. a. 1999, S. 183–192.

12

Zur Paketaktion der Caritas vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus: Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg

1947-1991. Köln u. a. 2002, S. 491.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv.